



Der Weg zur Klimahölle ist mit Freihandelsabkommen gepflastert

CETA, EU-Mercosur & Co. – heiße Luft überall – die Handelspolitik der EU heizt den Klimawandel an. Mit den Abkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten und dem CETA-Abkommen mit Kanada stehen zwei Freihandelsverträge auf der Agenda, die der notwendigen klimapolitischen Kehrtwende diametral entgegenstehen.

Der Amazonas Regenwald brennt. Er wird für Sojaanbau und Rinderzucht weiter hergerichtet, eben das Geschäft, das mit dem Assoziierungsabkommen der EU mit den Mercosur-Ländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay ausgebaut werden soll. Soja für die Massentierhaltung in der EU, damit wir noch mehr billiges Fleisch produzieren, essen und exportieren können – schlecht für das Klima, den Regenwald, für die Tiere und unser Grundwasser.

Gleichzeitig werden hierzulande bäuerliche Betriebe vom Markt gedrängt, auch weil Handelsabkommen wie CETA zu billigen Agrarimporten führen.

In Kanada ist bereits ein Gebiet von der Größe Frankreichs in eine Mondlandschaft verwandelt worden, um Teersandöl zu gewinnen. Die indigene Bevölkerung wird dabei vergiftet und stirbt an Krebs. Die EU-Kommission sah schon 2009 ein Problem darin, dass Kraftstoffe aus Teersandöl besonders CO₂-intensiv sind, aber dank CETA geht das schon in Ordnung. Weil Verstöße gegen Handelsvereinbarungen durch Sanktionsmöglichkeiten wie Strafzölle geahndet werden können, Nachhaltigkeitsziele aber nicht, haben Fossil-Konzerne nun die Sicherheit, dass ihr – unter Verletzung von Menschenrechten und Klimazielen – produziertes Teufelszeug stets zollfrei in die EU exportiert werden kann. Seit 2017 ist CETA nur vorläufig in Kraft,

denn noch haben nicht alle nationalen Parlamente dem Abkommen zugestimmt. Die endgültige Ratifizierung kann und muss verhindert werden!

Frei sind nur die Handlungsmöglichkeiten transnationaler Konzerne – nicht die Bürger*innen

Bei EU-Freihandelsabkommen bezieht sich die Vorsilbe „frei“ auf die Handlungsmöglichkeiten transnationaler Konzerne. „Handelshemmnisse“ werden knallhart beseitigt, und das sind längst nicht nur Zölle. Praktisch jedes parlamentarisch beschlossene Gesetz zum Schutz des Klimas, der Umwelt, der Beschäftigten, der Verbraucher*innen kann nach dieser Logik den Handel ‚hemmen‘: Der sogenannte ‚Freihandel‘ ist ein Freibrief für Profite aus Ausbeutung und Zerstörung.

Investor-Staat-Schiedsgerichte sichern das System ab

Damit auch wirklich gar nichts anbrennen kann, sichert CETA ausländischen Investoren Sonderklagerechte vor internationalen Schiedsgerichten zu. Die haben globalen Konzernen bereits in vielen Fällen milliarden-schwere Entschädigungen zugesprochen. Wofür? Dafür, dass sie etwa durch neue Umwelt- oder Arbeitsschutzgesetze vermeintlich ‚indirekt enteignet‘ oder nicht ‚fair und gerecht‘ behandelt wurden, weil ihre Investitionen ja dann nicht mehr so viel geheiligten Profit abwarfen. Beispielsweise haben die Niederlande beschlossen, für die Erreichung der Klimaziele ihre Kohlekraftwerke 2030 abzuschalten. Dagegen hat der deutsche Energiekonzern RWE den Staat vor einem internationalen Schiedsgericht der Weltbank in Washington

nach dem Energiecharta-Vertrag -ECT- verklagt. Vorbild ist der Energieriese Vattenfall, der von Deutschland wegen des Atomausstiegsgesetzes Schadensersatz von 6,1 Milliarden Euro einklagt. Dabei ist die Erderwärmung mit ihren Deadlines – der Ausdruck ist wörtlich zu nehmen – seit Jahrzehnten bekannt. Da könnte man auf die Idee kommen, dass es in der Verantwortung der Unternehmen läge, rechtzeitig aus der Kohle-, Öl- und Gasförderung auszusteigen und „Vermögen“ in Form von Förderrechten in der Erde zu belassen! Tatsächlich aber werden durch Verträge wie CETA und den ECT fossile Rohstoffe, ihre Förderung, Durchleitung und Verarbeitung besonders geschützt und privilegiert.

Das CO2-Budget ist begrenzt

Es können ab Ende 2017 nur noch ca. 400 Mio. Gigatonnen CO2 in die Atmosphäre abgegeben werden, um die Erderwärmung auf 1,5° zu begrenzen. Bei den aktuellen Emissionen sind spätestens in zehn Jahren Kippunkte erreicht und die Klimaerwärmung verschärft sich unkontrollierbar.

Konzerne machen Geschäfte, in denen sie mehr oder weniger Umwelt verbrauchen. Und Autohersteller verkaufen ihre SUVs mit der Behauptung, die Gewinne sollten der Entwicklung umweltverträglicher Autos dienen. Die Gewinne hatten sie jedoch schon vor 20 Jahren und das Problem der Erderwärmung war auch schon bekannt. Aufgabe der Politik wäre es, spätestens jetzt anzugeben, was in Zukunft nicht mehr geht. Aber im EU-Mercosur-Abkommen geht es um den Handel mit mehr Maschinen und SUVs im Tausch mit Soja, Ethanol und Rindern. Dafür soll der Regenwald „in Wert gesetzt“, d.h. zu Geld gemacht werden, mit Brandstiftung, Verletzung von Menschenrechten, Mord und Totschlag. Dieses Abkommen ist brandgefährlich! Die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens kann und muss verhindert werden!

Auch bei Handels- und Investitionsabkommen gilt: Mensch und Umwelt vor Profit!

Handelsabkommen müssen an gesellschaftlichen Zielen ausgerichtet sein, das beinhaltet auch den Schutz von Umwelt und Klima.

Eine Jeans hat vielleicht schon fünfzigtausend Kilometer hinter sich, bevor sie im Laden liegt, weil jeder Verarbeitungsschritt dort stattfindet, wo die Kosten am niedrigsten sind. Wenn sie dann trotz-

dem nur wenige Euro kostet, kann man wissen, wer den Preis dafür zahlt.



Lebensmittelproduktion sollte vor allem regional erfolgen; und wenn wir Kaffee und Kakao genießen wollen, sollten wir gleichzeitig sicherstellen, dass deren Erzeuger*innen nicht vom Weltmarkt und gigantischen Weltkonzernen erdrückt werden. Kaffeebauern nagen chronisch am Hungertuch, der Bananananbau ist in der Hand von Großkonzernen, Kakao wird großenteils auf Plantagen mit ausbeuterischer Kinderarbeit erzeugt, und Beschäftigungswirkungen und Wertschöpfung entstehen bei Konzernen wie Nestlé in Europa. Das Agrobusiness schreibt sich die Verantwortung für die Ernährung der zukünftigen 10-Mrd.-Weltbevölkerung zu, ernährt aber heute nur 30 % und verbraucht dafür 2/3 der Ressourcen. Den Menschen bleibt dann nur noch der Raubbau an der eigenen Gesundheit.

Klimaschutz, Menschenrechte und Umwelt müssen Vorrang vor dem Anspruch auf Profit haben.

Erste Schritte auf dem Weg dazu sind ein deutsches Lieferkettengesetz, eine EU-Richtlinie zu unternehmerischer Sorgfaltspflicht und ein verbindlicher Vertrag der UNO zu Menschenrechten und Wirtschaft, der Austritt aus dem ECT sowie die Verhinderung der Freihandelsabkommen CETA und EU-Mercosur.

V.i.S.d.P.
Klaus Berger
Münchener Straße 48
60329 Frankfurt a.M.



AG Welthandel

attac.de/ceta
attac.de/mercotur
attac.de/binding-treaty